Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 101 (2021)

Heft: 1085

Rubrik: Politik für Zyniker ; Jenseits des Röstigrabens

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

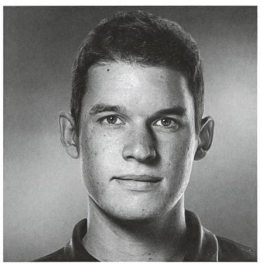
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITIK FÜR ZYNIKER

DER PLAN HAT IMMER RECHT



Die Sowjetunion gehörte viele Jahre zu den Ländern, die am meisten Wale fingen. Nicht dass Russinnen und Russen besonders gerne Walfleisch gegessen hätten (tatsächlich wurde oft nur das für die Industrie wertvolle Fett verarbeitet und der Rest des Tiers weggeworfen). Der Grund für die hohen Fangmengen waren vielmehr die sowjetischen Fünfjahrespläne, die der Fischereiwirtschaft überhöhte Vorgaben machten, ungeachtet der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung.

Wenn Bürokraten Pläne erstellen, vereinfachen sie notwendigerweise die Realität, um etwas Messbares zu erhalten. Das hat zur Folge, dass die komplexe Welt den groben staatlichen Plänen anpasst wird – oft entgegen deren ursprünglichem Sinn. Ein Beispiel aus neuerer Zeit ist die Vorgabe der Stadtzürcher Sowjets, pardon: Behörden, wonach jedem Einwohner eine bestimmte Fläche an Freiraum in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung stehen soll, nämlich exakt acht Quadratmeter innerhalb von 400 Metern Distanz. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Erholung wird auf eine simple Zahl reduziert. Ein Innenhof mit ein paar Bäumen zählt gleich viel wie die entsprechende Fläche in einem Park. Ein Park neben einer Autobahn ist mehr wert als ein ganzer Wald.

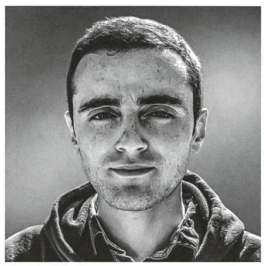
Dass die Realität der Bürokraten wenig mit den Bedürfnissen der Bevölkerung zu tun hat, ist dabei nicht einmal das Hauptproblem. Denn die eifrigen Bürokraten geben sich nicht damit zufrieden, die Welt mit ihren groben Instrumenten zu vermessen. Sie passen die Welt so an, dass sie im Einklang mit ihren Plänen steht. Neubauprojekte müssen strikte Anforderungen an Grünflächen erfüllen – egal, ob sie in Gehdistanz eines Waldes liegen, egal, ob die Bewohner lieber tiefere Mieten statt mehr Grünflächen hätten. Der Gemeinderat diskutiert gar darüber, Hausbesitzer notfalls dazu zu zwingen, Innenhöfe allgemein zugänglich zu machen, damit auch die Nachbarn auf das nötige Mass an Freiraum kommen.

Das Traurige ist, dass solche Absurditäten eine Tendenz zur Selbsterhaltung haben. Denn wird der Plan erfüllt, klopfen sich die Planer auf die Schultern. Wird er hingegen verfehlt, beweist ihnen das, wie sehr es sie braucht.

Lukas Leuzinger
ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

JENSEITS DES RÖSTIGRABENS

DER POLITISCHE «RIVELLA-GRABEN»



Im Rahmen ihrer Leidenschaft für Steuern scheint die Westschweizer Politik ein neues Angriffsobjekt gefunden zu haben: den Zucker. Die Vorstösse in diese Richtung häufen sich. In den Kantonen Waadt, Genf und Neuenburg sind politische Gespräche im Gang oder schon abgeschlossen. Nach Ansicht der Befürworter reduziert die Besteuerung von Zucker den Konsum. Es liegt auf der Hand, dass eine unausgewogene Ernährung schwerwiegende Folgen haben kann. Zweifelsohne ist Übergewicht in der Schweiz, wie auch anderswo, eine grosse Herausforderung für das Gesundheitssystem. Während dieser Befund allgemein akzeptiert ist, scheinen die Meinungen, wie darauf zu reagieren ist, je nach Sprachregion auseinanderzugehen.

Ist der Wunsch, Zucker zu besteuern, mit einem «Rivella-Graben» zu erklären? Während Rösti überall in der Schweiz in ähnlichem Mass gegessen wird, variiert der Konsum von Rivella laut dem CEO Erland Brügger je nach Sprachregion. In der Deutschschweiz gilt Rivella als tägliches Erfrischungsgetränk, in der Westschweiz hingegen wird es eher nach dem Sport getrunken, wie andere isotonische Getränke. Gemäss einer Umfrage des Instituts gfs.bern unterstützen ausserhalb des politischen Mikrokosmos nicht viele Menschen diese paternalistische Steuer; 72 Prozent der Befragten lehnen sie ab. Die Bevölkerung glaubt nicht an ihre Wirksamkeit. Die Bürger setzen lieber auf Eigenverantwortung und bevorzugen gezielte Massnahmen wie öffentlich-private Partnerschaften oder eine bessere Vermittlung von Ernährungsthemen in den Schulen. Überraschend ist: In der Romandie geniesst die Steuer zwar mehr Unterstützung, ist aber weit davon entfernt, mehrheitsfähig zu sein (34 Prozent Ja beziehungsweise eher Ja). Der «Rivella-Graben» existiert also vor allem innerhalb der politischen Klasse.

Statt Zucker zu besteuern, sollten wir vielleicht zuerst damit aufhören, Zucker zu subventionieren. Aus Klientelismus werden Sektoren finanziell unterstützt, die ein ungesundes Leben ermöglichen. Doch anstatt diesen Widerspruch anzugehen, zieht die Politik die einfache Lösung vor, nämlich die Besteuerung der Folgen. Stattdessen die Subventionen abzuschaffen, wäre nicht nur im Sinn der Gesundheit der Bevölkerung, sondern würde auch den Staat schlanker machen.

Nicolas Jutzet
ist Vizepräsident der Schweizer Jungfreisinnigen und Mitbegründer des Podcasts Liber-Thé, der sich zu Themen rund um die Freiheit äussert.